

Beitrag für Momentum 2012, Track 10: "Parteiendemokratie organisieren"

Nikolaus Kowall

Kritische Massen in der Demokratie

Abstract

Die Massendemokratien der Nachkriegsjahrzehnte konnten sich auf den Rückhalt der Massen verlassen und hatten entsprechend Einfluss auf das politische Geschehen, waren jedoch nach innen top down organisiert. Beerbt wurden die Massendemokratien von politischen Bürokratien, die ihren Mangel an ideologischer Substanz durch einen Marketing-Aufputz zu kompensieren versuchten. Aus dem Interessensausgleich in öffentlichen Angelegenheiten zwischen Gruppierungen mit unterschiedlichen normativen Standpunkten wurde ein kommerzialisiertes Konsumspektakel. Die Frage für unsere Gegenwart lautet, wie politische Aktivität aussehen soll, die nicht autoritär organisiert ist, aber trotzdem auf Massenrückhalt zählen kann. Ein Netzwerk kritischer Massen in Politik, Wissenschaft und Medien könnte trotz unterschiedlicher inhaltlicher Anliegen die „demokratische Frage“ zur gemeinsamen Sache erheben. Kritische Massen erhalten ihren Massenrückhalt aus dem spontanen Zusammenspiel aller Kräfte die zwar ein konkretes Anliegen mit unterschiedlicher Priorität bewerten, jedoch Solidarität in der verbindenden Auseinandersetzung um eine demokratische Frage demonstrieren.

Einleitung

Der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch charakterisiert die derzeitige Demokratie als eine Vorderbühne mit Eventcharakter und eine Hinterbühne, wo die tatsächlichen Entscheidungen gefällt werden. Auf dieser Hinterbühne kommen SpitzenpolitikerInnen, UnternehmerInnen, BeraterInnen, LobbyistInnen und Medienleute zusammen, die einen kleinen intransparenten Machtzirkel bilden und Entscheidungen hinter verschlossene Türen treffen. Crouch beschreibt diese Situation treffend mit dem Begriff der Postdemokratie und grenzt die Gegenwart damit von einer vorangegangenen Epoche ab, in der die Demokratie den Höhepunkt ihrer Gestaltungskraft erreicht habe. Dies sei nach Crouch im demokratischen Europa und in den USA in den Jahrzehnten nach 1945 der Fall gewesen. Die Stärke der Massendemokratie sei der Partizipation breiter Gesellschaftsschichten zu verdanken gewesen.¹ Doch wieso hat die Teilhabe der Menschen an der Demokratie in den letzten 30 Jahren so drastisch abgenommen?

Bedeutungsverlust der Massendemokratie

Es ist anzunehmen, dass die Massendemokratie durch ihre Erfolge auch das Interesse der Menschen an ihr selbst verminderte. Politik wurde für das Gros der Menschen in Westeuropa erstmals keine soziale und politische Überlebensfrage mehr, weil es um weniger große Fragen ging als in den 1930er-Jahren, wie zum Beispiel um Demokratie, Diktatur, Krieg oder Frieden. Da sich die Demokratie konsolidierte und die grundlegenden institutionellen Weichenstellungen der sozialen Marktwirtschaft und des Wohlfahrtsstaats gelegt waren, wurde nicht nur die Notwendigkeit zum Engagement, sondern auch der politische Gestaltungsspielraum geringer. Ab einem gewissen Zeitpunkt ging es eher um Anpassungen des Vorhandenen als um die Schaffung von Neuem. Ein gewisser Lebensstandard wurde erreicht und dieser schien relativ unabhängig von der repräsentativ-demokratischen Politik. Für den Liberalen Ralf Dahrendorf hatte sich die Sozialdemokratie 1983 gar selbst überflüssig gemacht, weil sie alle ihre Ziele erreicht hätte. Gemessen am Jahr 1918 hatte sie das auch. Tatsächlich hatte die Arbeiterbewegung Anfang der 1980er-Jahre keine klaren Ziele mehr. Für eine Neuorientierung etwa in Richtung einer ökologischen Wende oder eines arbeitslosen Grundeinkommens war die Arbeiterbewegung viel zu stark in etablierte fordistische Muster eingewoben.

¹ Crouch, Colin: Postdemokratie (2008): S. 14-16

Auch die Formen politischer Teilhabe blieben im Organisationsmodus der fordistischen Fabrik stecken. Das von Crouch geschätzte Zeitalter der Massendemokratie nach 1945 ermöglichte tatsächlich erstmals breite Beteiligung gewöhnlicher Menschen an der Politik. Die Massenorganisationen der Demokratie (v.a. Parteien, Gewerkschaften) interagierten mit den einflussreichen VertreterInnen von Partikularinteressen (Banken, Rentiers, Konzerne) tatsächlich auf Augenhöhe. Sie waren erfolgreich darin, die Interessen der arbeitenden Menschen nahe an deren Lebenswirklichkeiten zu konstruieren. Es waren Massenorganisationen, die aus einer Klasse an sich eine Klasse für sich machten, indem sie die Interessen der ArbeiterInnenklasse als solche identifizieren, kommunizieren und damit erst konstruieren. Politisch materialisiert haben sich diese Interessen durch Institutionen wie Parteien, Gewerkschaften, Genossenschaften, berufsständischen Körperschaften, Presseorgane oder selbstorganisierte Sozialversicherungen, wenn auch nur mit limitierter Partizipation. Disziplin, Geschlossenheit und Diskretion wurden als Voraussetzung dafür gesehen, einen starken homogenen Block der Arbeitnehmer/innen gegen die ebenfalls straff organisierten Lobbys der Kapitaleseite aufzustellen. Die straffe Außenlogik wirkte auf die Innenlogik zurück. Die Massenorganisationen vertraten zwar das, was von einer Mehrheit der Menschen als deren Interesse betrachtet wurde, waren aber in sich wenig demokratisch organisiert. Die paternalistische und autoritäre politische Kultur der Arbeiterbewegung war eher dem aufgeklärten Absolutismus entlehnt – alles für das Volks, nichts durch das Volk.

Die Massenorganisationen des Fordismus orientierten sich an Bildern wie einer „gut geölten Maschine“ und entwickelten professionelle Bürokratien. Max Weber beschrieb diese Professionalisierung des politischen Betriebes vor bald 100 Jahren in seinem Vortrag „Politik als Beruf“. Er zeichnete nach, wie der politische Apparat der Parteisekretär/innen in Großbritannien den Parlamentarier/innen den Rang ablief: *„Das Entscheidende ist, daß dieser ganze Menschenapparat – die „Maschine“, wie man ihn in den angelsächsischen Ländern bezeichnenderweise nennt – oder vielmehr diejenigen, die ihn leiten, den Parlamentariern Schach bieten und ihnen ihren Willen ziemlich weitgehend aufzuzwingen in der Lage sind.“* Weber beschrieb die spezifischen Eigeninteressen dieses Apparats ohne jede Verklärung: *„Die Parteigefolgschaft, vor allem der Parteibeamte und -unternehmer, erwarten vom Siege ihres Führers selbstverständlich persönliches Entgelt: Ämter oder andere Vorteile.“* Den Einfluss des Apparats ortet Weber ganz besonders im Bereich der Arbeiterbewegung: *„Vor allem aber kann auch die Maschine unter die Herrschaft der Parteibeamten geraten, in deren*

Händen die regelmäßige Arbeit liegt. Nach Ansicht mancher sozialdemokratischer Kreise sei ihre Partei dieser „Bureaukratisierung“ verfallen gewesen.“²

Die Partikularinteressen der politischen Apparate sind offensichtlich so alt wie die Massendemokratie selbst. Diese Dominanz der hauptamtlichen Profis dürfte jedoch über mehrere Jahrzehnte durch starke ehrenamtliche Strukturen abgemildert worden sein. Jugend-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen im Milieu der ArbeiterInnenbewegung, sowie Basiseinheiten von Gewerkschaften und Parteien in Betrieben und Wohngebieten stellten ein unausgesprochenes Gegengewicht zum hauptamtlichen Apparat dar. Diese ideologisch zugeordnete Vereinslandschaft dürfte in den Nachkriegsjahrzehnten den Höhepunkt ihrer Organisationskraft erreicht haben. Die autoritär und paternalistisch geführten Parteien und Gewerkschaften der fordistischen Phase zeichneten sich durch eine gewisse Rückbindung an ehrenamtliche Strukturen aus, an denen breite Bevölkerungsschichten teilhatten – wenn auch ohne unmittelbare Möglichkeiten der Mitbestimmung. Der Apparat wurde zumindest mit der Lebenswirklichkeit der arbeitenden Menschen konfrontiert. Die professionelle politische Bürokratie war nicht partizipativ organisiert, jedoch gewissermaßen geerdet und in der Bevölkerung verankert.

Letztlich vertraten die Massenorganisationen nur die (vermeintliche) Mehrheit der Masse und orientierten sich stark am weißen männlichen Industriearbeiter. Erhebliche gesellschaftliche Gruppen waren mit ihren ökonomischen und gesellschaftlichen Interessen wenig bis gar nicht integriert, etwa Frauen, Menschen mit Behinderung, Menschen mit homosexueller Orientierung, ethnische Minderheiten, ZuwandererInnen oder die prekär Beschäftigten früherer Zeiten (z.B. LandarbeiterInnen). Der zunehmenden Ausdifferenzierung einer komplexer werden Gesellschaft, ihren multiplen Lebenswirklichkeiten und ihrem Bedürfnis nach Individualität, wurden die paternalistischen Teilhabeformen der Massendemokratie immer weniger gerecht. Diese Kritik wurde erstmals durch die 68er Bewegung artikuliert, konnte aber von der strukturell selbst konservativ gewordenen Arbeiterbewegung nicht mehr konstruktiv absorbiert werden. Ihren Durchbruch fand die Kritik mit der neoliberalen Revolution ab 1980 in neuem Gewande, als den traditionellen Kollektivorganisationen mit Erfolg Begriffe wie Eigenverantwortung, Eigeninitiative und Freiheit entgegengeschleudert wurden.

² Weber, Max: Politik als Beruf (1919), S. 34-35

Outsourcing des politmedialen Komplexes

Das Phänomen des Rückzugs der Bevölkerung aus der repräsentativ-demokratischen Politik in den letzten drei Jahrzehnten ging einher mit einer kulturellen Transformation des Politikbetriebs selbst, den man als Outsourcing beschreiben kann. Die arbeitsteilige Ausdifferenzierung der Gesellschaft ist ein wesentliches Charakteristikum der (Post)Moderne. Was wir in den letzten Jahrzehnten erlebt haben ist ein Rückzug der Parteipolitik in Selbstreferenzialität. Während der hauptamtliche Apparat erhalten blieb, erodierte das Ehrenamt kontinuierlich – Verankerung in der Bevölkerung und die entsprechende Erdung gingen auf diese Weise verloren. Die Parteipolitik repräsentiert nicht einmal mehr einen groben Querschnitt, sondern nur noch einen engen Ausschnitt der zunehmend komplexer werdenden Gesellschaft. Die Lebenswirklichkeit der gewöhnlichen Menschen differenzierte sich aus und ein zunehmend größerer Teil der real existierenden Lebenswelten verschwand vom Radar der politischen Bürokratie. Zuletzt sogar der weiße männliche Industriearbeiter, wie unter anderem an den Reallohnverlusten in diesem Einkommenssegment abgelesen werden kann. Der deutsche Elitenforscher Michael Hartmann weiß einen zusätzlichen Trend nach, demgemäß sich die soziale Zusammensetzung der Regierungen drastisch geändert habe. Während in den USA bis zur Administration Carter Minister aus kleinbürgerlichen Verhältnissen dominierten, kam es mit Reagan zu einer Wende Richtung Upper class, aus der sich unter Bush sen. 60 Prozent des Kabinetts rekrutierten. In Deutschland setzten sich die Bundesregierungen bis Ende der Ära Kohl zu 2/3 aus Exponent/innen des kleinbürgerlichen Milieus zusammen. Ab Schröder I kam es zur Wende und unter dem Kabinett Merkel I drehten sich die Verhältnisse um, 2/3 der Minister/innen stammten aus dem Großbürgertum (v.a. Unternehmer- Architekten- und Diplomatenkinder).³

Es kam zu einem kontinuierlichen Outsourcing in dem Sinne, dass die Politik und ihr Umfeld sich als eigene Branche in Abgrenzung zu anderen Branchen konstituierten. Während das ehrenamtliche Engagement – das bisherige Rückgrat der repräsentativ-demokratischen Politik – drastisch rückläufig war, nahm der Anteil von Leuten die von und um die Parteipolitik lebten kontinuierlich zu.⁴ Der „politmediale Komplex“ (© Michael Fleichhacker) aus Parteipolitik, Medien, Consulting, PR-Welt, Meinungsforschung und staatsnahem Management wurde eine professionelle Branche in einer arbeitsteiligen Gesellschaft, ohne

³ Hartmann (2012), Vortrag im französischen Dom: http://www.boeckler.de/35334_38594.htm

⁴ Ein Vergleich von Statistiken über die Anzahl ehrenamtlicher und hauptamtlicher MitarbeiterInnen in Parteien 1970 und heute würde wohl zu dem Ergebnis führen, dass sich das Ehrenamt dramatisch reduziert hat, das Hauptamt sich jedoch stetig erweitert hat. entsprechendes Datenmaterial ist zumindest online nicht erhältlich.

jegliche Rückbindung an die Bevölkerung. Was in den Parteien bleibt sind die schlichten Eigeninteressen des hauptamtlichen Apparats, garniert mit antiquiert anmutender Rhetorik von Geschlossenheit. Diese Straffheit bezieht sich jedoch nur noch auf die Innenlogik, im Auftreten nach Außen macht sich Orientierungslosigkeit breit. Wenn nicht klar ist wofür man kämpft, kämpft jede/r für sich. So lange sich einerseits karriere- und andererseits überzeugungsorientierte Akteur/innen die Waage halten, bleibt ein grundsätzlich politischer Charakter erhalten. In dem Maß wie Vergütung und Karriere als Leitmotive in den Vordergrund rücken, verschwimmen die politischen Konturen und der kulturelle Unterschied zu den Branchen der Privatwirtschaft wird geringer. Eine Laufbahn im arbeitsteilig outgesourcten „politmedialen Komplex“ unterscheidet sich kaum von einer in privaten Unternehmen.

Postideologische Pragmatiker/innen erlebten diesen Prozess des Outsourcings als Befreiung vom Lagerdenken und sahen eine erfreuliche Wende von der ideologischen Verbohrtheit hin zu einem an Sachfragen orientierten Handwerk. Doch diese euphemistische Sichtweise versperrt den Blick darauf, dass das Politische an der Parteipolitik in diesem Prozess stark zusammengeschmolzen ist. Die realen Entscheidungen fallen nun anderswo und diese neue Konfiguration hat die legitimen Interessen unartikulierbar gemacht. Das Wesen der demokratischen Politik ist nämlich der Interessensausgleich in öffentlichen Angelegenheiten zwischen Gruppierungen mit unterschiedlichen Auffassungen von Sachlichkeit. Ob mehr oder weniger Regulierung der Marktwirtschaft zu mehr oder weniger Wohlstand führt und wie Wohlstand überhaupt gemessen wird, ist beispielsweise auch eine Frage des jeweiligen politischen Standortes. Das bedeutet in der per se normativen Angelegenheit der Politik kann niemals eine objektiv beste Lösung geben, wie das in der Welt der professionellen Berufe suggeriert wird, weil unterschiedliche Personengruppen aus unterschiedlichen oder gleichen Motiven unterschiedliche Lösungen bevorzugen. Ihrer Idee nach ist die Politik keine isolierte Branche in einer arbeitsteiligen Welt die an objektiv guten Lösungen arbeitet. Politik in einer Demokratie ist eine öffentliche Angelegenheit, wo sich unter Einbeziehung breiter Bevölkerungsschichten Interessen und Argumente in geordneten Bahnen aneinander reiben.

Marketingisierung

Die Parteipolitik ist zugleich Antreiberin und Getriebene im outgesourcten und selbstreferenziellen Subsystem des politmedialen Komplexes. Sie versucht ihren kleiner

werdenden Handlungsspielraum – den die Regierenden in der neoliberalen Epoche auch aktiv selbst verkleinert haben – durch Kommunikationsstrategien und Öffentlichkeitsarbeit aufzuputzen. Die zunehmende Impotenz wird durch Marketing kompensiert. Dabei orientiert sich die Parteipolitik an den Vertriebsstrategien der Privatwirtschaft, die für Verkauf und Vermarktung eigene Branchen entwickelt hat. So wie die Abteilungen Marketing und Vertrieb zu den Schaltstellen der großen Unternehmen wurden, haben Marketing und Vertrieb in den Parteien längst das Ruder übernommen. In Walkämpfen werden eigene War-Rooms außerhalb der Parteizentralen eingerichtet, in denen externe Consultants den Takt des Parlamentarismus in seiner sensibelsten Phasen vorgeben. Rund um die Parteipolitik ist ein riesiger Tross an PolitikberaterInnen, StrategInnen, TrainerInnen, PolitikwissenschaftlerInnen, MeinungsforscherInnen und PR-Profis entstanden, die den politischen AkteurInnen vor allem eines versuchen klarzumachen: Wer politisch erfolgreich sein will muss viel Geld für BeraterInnen, StrategInnen und PR-Profis aufwenden. Das erste was im Rhetorikseminar gelehrt wird ist, dass das optische Auftreten für die RezipientInnen der Parteipolitik mit 65 Prozent die wichtigste Rolle spielt, gefolgt von der Sprache die auf 30 Prozent kommt. Der Inhalt sei mit fünf Prozent Nebensache. Diese kleine exemplarische Weisheit ist nur die Spitze des Eisbergs der Marketinglogik, mit dem der PR-Tross die Parteipolitik überschüttet. Die Implikationen dieser Wende der Aufmerksamkeit vom Inhalt auf die Form waren fundamental. Der Fokus der Parteipolitik verschob sich von ihren demokratischen Kernaufgaben hin zu Präsentation, Vermarktung und Verkauf. Während der politmediale Komplex mit seinen großzügig entlohten PR-Strategien, seinen hochbezahlten Inseraten und seinen sündteuren Exit Polls zu einem Wirtschaftsfaktor wird, verkommt die repräsentativ-demokratische Politik zum Geschäft.

In der Logik des ausgelagerten Geschäftsbereichs des politmedialen Komplexes versucht niemand große Ideen durchzusetzen, sondern Produkte zu verkaufen. Das bedeutet alle Interpretationen der Realität, wie etwa die Problemanalyse im Falle eines Wahlverlusts, fokussieren ausschließlich auf Fragen der Vermarktung. Eine Wahl wurde verloren weil man die Botschaften nicht richtig kommuniziert hat, weil man nicht nah genug am Bürger war, weil man die Kampagne zu sehr auf die Spitzenkandidatin zugeschnitten hatte. Die Art der Kommunikation wird als die Essenz des Politischen verstanden, nicht der Inhalt der kommuniziert wurde. Das Augenmerk des politmedialen Komplexes richtet sich auf personalisierte Storys und Umfrageperformances, Parteiprogramme werden zu Produkten und Slogans müssen verkauft werden.

Diese „Marketingisierung“ der Parteipolitik wird vorwiegend durch die Medien transportiert, das „inhaltliche“ Unterfutter kommt aus Politikberatung und Politikwissenschaft, wie ein Blick auf die zahlreichen „Experteninterviews“ zeigt. Stilisierte Duelle, knappe Rennen, vermeintliche Revolten, willkürliche Politikerrankings und oftmals konstruierte Skandale sind der Stoff, der als Politik verkauft wird. Themen werden auf ihre Tauglichkeit für Wahlkämpfe, nicht auf ihre inhaltliche Relevanz hin abgeklopft. Das politische Geschehen hat in erster Linie Unterhaltungscharakter, der von einer alarmistischen PR-Welt in Quoten und Exit polls gemessen wird. Scheinfragen werden medial diskutiert, die wirklich wichtigen Entscheidungen stehen öffentlich aber gar nicht zur Diskussion. Der politmediale Komplex begreift seine RezipientInnen nicht als StaatsbürgerInnen, sondern als KonsumentInnen, die mit pawlowschen Reflexen auf inszenierte Spektakel reagieren. Es kristallisiert sich immer stärker heraus, dass die Glaubwürdigkeit der politischen AktuerInnen - also ihr größtes politisches Kapital - durch kein Marketing der Welt entstehen kann. Im Gegenteil, die Vermarktung des Nichts schafft erst den Ekel, den breite Bevölkerungsschichten gegenüber der Parteipolitik empfinden. Die vom politmedialen Komplex betriebene Politikform der kommerziellen Stimmenmaximierung führt zu sinkender Wahlbeteiligung, zu starken Schwankungen in den Wahlergebnissen und zu einer Erosion der Volksparteien. Was bleibt sind seelenlose Parteien deren völlig übercoachte RepräsentatInnen in technokratischer Manier das Nichts das sie anzubieten haben, an ein gleichzeitig gut unterhaltenes und angewidertes Publikum verkaufen.

Fragen der Taktik und des Marketings sind zwar nicht irrelevant, aber in einer politischen Prioritätenkette dürfen sie erst am Ende stehen. Am Beginn eines Diskussionsprozesses muss zunächst die Kompatibilität eines Vorschlages mit dem Kompass prinzipieller Überzeugungen der jeweiligen politischen Gruppierung stehen. Danach eine fachliche Auseinandersetzung auf Basis sozialwissenschaftlicher Fakten und in Folge eine konsistente Einbettung in die strategische Gesamtausrichtung der politischen Bewegung. Die Grenzen zwischen diesen ideal gedachten Schritten werden in der Praxis weitgehend fließend sein. Faktum ist, dies sind jene Aspekte, auf die die Konzentration einer politischen Debatte fokussiert werden sollte. Erst wenn diese genuin politischen Fragen geklärt sind folgen die handwerklichen Details. Übersetzt in die Welt des Marketings bedeutet dies: Eine „Corporate Identity“, also ein konsistent geframter Außenauftritt, wird ohne die genannte Prioritätenkette nie funktionieren. Eine inhaltlich offenkundig inkonsistente Agenda politisch zu verkaufen ist zum Scheitern

verurteilt. Gegen die aktuelle politische Praxis ist es essentiell zu begreifen, dass das Marketing ein drittrangiger Zulieferer der Politik ist. Die Spin doctors können niemals ausgleichen, was an Überzeugung, an sozialwissenschaftlicher Fundierung und an politischer Gesamtstrategie fehlt. Weil Politik konzeptionell eben kein Geschäftszweig in einer arbeitsteiligen Gesellschaft ist, sondern ein Gemeingut, das der Partizipation möglichst aller gesellschaftlichen Sphären bedarf.

Kommerzialisierung

Es ist die Postdemokratie, in der sich gemäß Colin Crouch die Lobbys, mit ihrer Orientierung an partikularen Geschäftsinteressen, wie Fische im Wasser bewegen. Weitergesponnen bedeutet diese Erkenntnis, dass Institutionen mit ideellen Motiven – seien es ideologische, religiöse, ethische oder philosophische – im postdemokratischen Setting deutlich weniger Gehör finden. Kommerzielle Interessen finden leichter Durchsetzung in einer kommerzialisierten Demokratie. Die relevanten Entscheidungen werden laut Crouch in den Hinterzimmern getroffen. Die vom politmedialen Komplex forcierte marketing-orientierte Form der Politik ist hingegen die öffentlich sichtbare Seite der kommerzialisierten Postdemokratie. Der Import kommerzieller Logiken in den politischen Betrieb stellt den Kern des Problems der zeitgenössischen repräsentativ-demokratischen Politik dar. Wie zuvor ausgeführt ist das Wesen der demokratischen Politik der Interessensausgleich in einer öffentlichen Angelegenheit zwischen Gruppierungen mit unterschiedlichen normativen Standpunkten. Ein konsumiertes Produkt befriedigt ein individuelles Bedürfnis und der normative Charakter ist irgendwo auf der Bandbreite zwischen Nutzen und Status verortet. Mangels involvierter Gruppen hat eine Konsumententscheidung keinen öffentlichen Charakter, und keinen normativen Inhalt im Sinne des Interessensausgleichs unterschiedlicher Standpunkte. Die Gestaltung des Zusammenlebens der Menschen in einer Gesellschaft ist hingegen eine per Definition öffentliche und zutiefst normative Angelegenheit. Der normative Kern des Politischen wird durch eine stetige Kommerzialisierung der repräsentativ-demokratischen Politik systematisch ausgehöhlt.

Ihre wissenschaftliche Untermauerung erhielt die kommerzielle politische Praxis im Rahmen der Neuen Politischen Ökonomie (NPE) ab den 1960er-Jahren. In der NPE werden die Grundannahmen und Methoden der neoklassischen Ökonomie auf die Erklärung politischer

Entscheidungsprozesse in Demokratien übertragen. Sowie in der Neoklassik optimieren in der NPE rationale Individuen ihren Eigennutzen, unabhängig davon ob es sich um Wähler/innen handelt, oder um Akteur/innen in Parteien, Medien oder der Bürokratie. Aus diesem Blickwinkel können Politiker/innen als Unternehmer/innen und Wähler/innen als Konsument/innen betrachtet werden. Wie bei Weber hat die Bürokratie spezifische Eigeninteressen und versucht durch wachsende Budgets Einkommen und Einfluss zu optimieren. Interessengruppen, die nicht über allgemeine Wahlen demokratisch legitimiert sind, versuchen auf die Politik Einfluss zu nehmen, um ökonomische Vorteile, Privilegien und leistungslose Einkommen zu erlangen (Rent Seeking).⁵ Die NEP kann mit Sicherheit dazu beitragen den Blick auf die Partikularinteressen von Lobbys oder Bürokratien zu schärfen. Das Kind wird jedoch mit dem Bade ausgeschüttet, wenn alle Handlungsmotive aller Akteur/innen auf ökonomischen Eigennutz reduziert werden. Die öffentliche und normative Charakterseite der demokratischen Gesellschaft werden damit völlig in Abrede gestellt. Die NEP ist die wissenschaftliche Theorie der kommerzialisierten politischen Praxis.

Politikverdrossenheit

Dass die Menschen das traditionelle politische Marketingspektakel immer mehr satt haben, können die AkteurInnen im politmedialen Komplex nicht verstehen, weil sie genau dasselbe für Politik halten. Darum sprechen sie von Politikverdrossenheit, wenn es in Wirklichkeit um eine Ablehnung eines abgekoppelten Geschäftszweigs geht, der nur mehr um seiner selbst willen zu existieren scheint. Der politmediale Komplex beschäftigt sich in erste Linie mit solchen Themen, die dem Großteil der Bevölkerung – abseits ihres Unterhaltungswerts – völlig egal sind. Tatsächlich sind Personalien, Kommunikationsfragen oder strategische Manöver für die Lebensrealität der Bevölkerung irrelevant. Die parteipolitische Verantwortung für das Desinteresse an der Politik besteht darin, dass sie keine Interessen nahe der Lebensrealität der Menschen konstruiert. Es ist daher absurd zu behaupten es gäbe eine Verdrossenheit gegenüber der Politik, wenn die Politik gar nicht politisch ist. Es gehört zum tief verankerten Selbstbild der PR- und Medienwelt die Parteipolitik zu kritisieren und für die Politikverdrossenheit verantwortlich zu machen. Doch die Medien- und PR-Welt kritisiert an der Parteipolitik das, wozu sie sie durch ihre eigene Berichterstattung bringt. Die Politikverdrossenheit wird vom politmedialen Komplex erst konstruiert. Von den AkteurInnen der Parteipolitik, weil sie sich im Sinne einer kommerziellen

⁵ vgl. Wirtschaftslexikon Gabler : <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/neue-politische-oekonomie.html>

Maximierungslogik verhalten und von der Medien- und PR-Welt, weil sie durch die vorgeblich deskriptive Beschreibung einer Verdrossenheit dieselbe permanent reproduziert. Die Politikverdrossenheit ist der Spiegel des gesamten politmedialen Komplexes, der sich im Sinne einer Selbstanklage immer wieder beschwert, dass sich niemand für ihn interessiert.

Versuchen die Akteur/innen des politmedialen Komplexes mutwillig das Klima in der Demokratie mit ihrer destruktiven Logik zu verseuchen? Sind die Menschen in Wahrheit potentiell gute und interessierte Rezipient/innen, die vom bösen, manipulativen politmedialen Komplex auf die schiefe Bahn gebracht wurden? Es ist wohl weder ein Menschenbild hilfreich, dass in jedem Individuum den/die MaximiererIn des ökonomischen Eigennutzens erkennt, noch eines, das von lauter manipulierten Menschen ausgeht, die in Wirklichkeit von ethischem Handeln geleitete Citoyens wären. Viel wahrscheinlicher ist, dass es so aus dem Wald zurückkommt, wie man hineinruft und das gilt wechselseitig sowohl für die Akteur/innen des politmedialen Komplexes, als auch für die Rezipient/innen desselben. Weil in einer Demokratie viele Stimmen in den Wald rufen und wieder zurückschallen, eröffnet sich die Möglichkeit eines Wettbewerbs zwischen Diskursen und Stilen. Welchen Stellenwert seriöse Diskurse mit einer hohen Orientierung am öffentlichen Interesse einnehmen, ist Resultat des spezifischen Wechselspiels zwischen den Akteur/innen des politmedialen Komplexes und seinen Rezipient/innen. Die Verantwortung liegt also auf allen Seiten. Die Akteur/innen der Parteipolitik tragen nicht die alleinige Schuld für den Zustand in dem sie unsere Demokratie vorgefunden haben. Doch die Parteipolitik ist dafür verantwortlich, die ersten Impulse für einen Bruch mit der herrschenden Logik selbst zu geben. Man könnte es in diesem Zusammenhang als Paradoxon des politischen Marketings bezeichnen, dass die Marke einer politischen Bewegung durch den Fokus auf Marketing am meisten an Wert verliert. Das beste Marketing, wäre ein Bruch mit dem Marketing.

Von bloßen zu kritischen Massen

Zeitgenössische Demokratiediskussionen zeichnen sich durch eine deutliche Skepsis gegenüber den Institutionen der Massendemokratie aus. Nicht nur Parteien sondern die repräsentativ-demokratischen Organe per se werden in ihrer Legitimität in Frage gestellt. Mehr Transparenz, Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie sind Anliegen, die von weltanschaulich unterschiedlichen Lebenswelten im Einklang vertreten werden. Sowohl die puncto Lebensgefühl progressive Zivilgesellschaft, als auch die gefühlt konservative

Bürgergesellschaft sind sich in ihrem Wunsch nach mehr individueller Partizipation am politischen Entscheidungsprozess einig. Traditionelle Organisationen wie Parteien, Verbände oder Gewerkschaften werden in diesem Zusammenhang als Auslaufmodell, wenn nicht als Hemmschuh begriffen.

Weder gibt es ein Zurück zur Massendemokratie der fordistischen Nachkriegsjahrzehnte noch einen Grund, jener Epoche des „aufgeklärten Absolutismus“ in der ArbeiterInnenbewegung nachzutruern. Was es allerdings wieder zu erreichen gilt, ist dass die repräsentativ-demokratischen wie die zivilgesellschaftlichen Institutionen auf Augenhöhe mit den einflussreichen VertreterInnen von Partikularinteressen (Banken, Rentiers, Konzerne) stehen. Doch die politische Landschaft der Postdemokratie, wo – um mit Crouch zu sprechen – kleine Ruderboote der Zivilgesellschaft mit den Schlachtschiffen der Konzerne im selben Gewässer um Einfluss kämpfen, ist dazu nicht in der Lage.⁶ Das heterogene Feld jener die keine kommerziellen Partikularinteressen vertreten, braucht einen Massenrückhalt, weil das die einzige Chance in einer Auseinandersetzung ist, wo die finanziellen Ressourcen quasi ausschließlich auf der Gegenseite gebündelt sind. Wie ein Massenrückhalt erreicht werden kann muss anders beantwortet werden als in der vermeintlichen Idylle der 1960er Jahre. Die entscheidende Herausforderung besteht darin einen Weg zu finden, der positive Elemente der Massendemokratie mit den wichtigsten Erkenntnissen aus der Kritik an derselben verbindet.

Statt der Wiederherstellung einer Massendemokratie der alten Schule sollte der Fokus vielmehr darauf liegen, ein Netzwerk von kritischen Massen in der Gesellschaft aufzubauen. Es geht dabei um „kritischen Massen“ in doppeltem Sinne. Einerseits geht es um eine kritische Größe, einen Schwellenwert, ab der eine bestimmte Reaktion ausgelöst wird. Im Kernreaktor bezeichnet „kritische Masse“ jene Mindestmenge spaltbaren Materials, die zur Aufrechterhaltung einer Kettenreaktion der Kernspaltung erforderlich ist. Im Internet ist kritische Masse jene Mindestzahl an Menschen, deren Empfehlungen in sozialen Netzwerken zum Beispiel einen pointierten Blogeintrag viral werden lassen – viral im Sinne eine Kettenreaktion, die Aufmerksamkeit und letztlich Öffentlichkeit erzeugt.

Andererseits geht es bei kritischen Massen um eine größere Zahl an Menschen, die ein kritisches Verhältnis zum Zeitgeist der Gesellschaft auszeichnet. Masse ist dabei keineswegs gleichbedeutend mit Mehrheit. Im Gegenteil: Kritische Massen sind in der Regel eine

⁶ Crouch (2008), S. 28

Minderheit. Sie überschreitet jedoch als Minderheit einen Schwellenwert, der das Potential hat, Mehrheiten zu erreichen und bisweilen sogar zu verändern. Kritische Massen in diesem doppelten Sinn kann es in allen gesellschaftlichen Bereichen geben. Denn Politik muss dort gemacht werden wo sie passiert, nämlich in Medien, Wissenschaft, und im Bereich unmittelbarer politischer Einflussnahme – also in der Zivilgesellschaft genauso wie in der Parteipolitik. Voraussetzung dafür, dass kritische Massen entstehen und sich Gehör verschaffen können, ist in all diesen Bereichen ein Mindestmaß an Pluralismus und Meinungsfreiheit.

Kritische Massen in der Wissenschaft können sich nur dann Gehör verschaffen, wann Theorie- und Methodenpluralismus besteht. Kritische Massen in der Parteipolitik werden nur zur Geltung kommen, wenn Demokratisierung und Partizipation gegeben sind. Kritische Massen in den Medien zu erreichen bedarf der Dezentralisierung in dem Sinne, dass möglichst viele Menschen selbst ermächtigt sind zu recherchieren und zu publizieren. Aus diesen Gründen sind Methodenvielfalt in der Wissenschaft, Demokratisierung in der Parteipolitik und Selbstermächtigung in der medialen Öffentlichkeit Ermöglichungsbedingungen potentieller kritischer Massen.

Die „demokratische Frage“

Visionen für eine Gesellschaft von Morgen in Worte zu fassen bedeutet nicht nur ein Drehen an großen Rädern, sondern bedarf auch einer Einengung, die oftmals selbst vermeintlich homogenen Organisationen wie Parteien nicht gerecht wird. Das Bild vom Kompass vermittelt eine gemeinsame Richtung, ohne so konkret werden zu müssen wie bei einer Vision und ohne einen großen Wurf für sich in Anspruch zu nehmen. Ein Kompass als Orientierungstool für kritische Massen könnte auf folgenden beiden Theoremen beruhen:

- a) Dass gerechte Ergebnisse in der Gesellschaft nicht spontan entstehen, sondern nur durch normative Eingriffe erreicht werden können
- b) Dass normative Eingriffe in Marktwirtschaften nur möglich sind, wenn der Einfluss der Marktelite durch den Einfluss Anderer in Schach gehalten wird

Anliegen wie etwa die Gleichbehandlung am Arbeitsmarkt, die vor allem Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund oder Personen mit Behinderung betreffen, werden sich nicht von

selbst einstellen. Es bedarf struktureller Maßnahmen wie etwa Arbeitszeitverkürzung- und flexibilisierung, positive Diskriminierung und staatliche Lenkung im Allgemeinen, um diese Ziele zu unterstützen. Umweltaktivist/innen werden nicht darauf setzen können, dass Konzerne von selbst Industrieanlagen möglichst emissionsarm konzipieren, oder mit natürlichen Ressourcen besonders schonend umgehen. Entsprechende staatliche Auflagen und Einschränkungen werden zur Erreichung ihrer Ziele notwendig sein. Aktivist/innen aus dem Bereich der Netzpolitik klagen an, dass Verwertungsunternehmen versuchen die Handhabe des geistigen Eigentums so streng als möglich auszulegen, was eine legale Verwendung des Internets durch den/die durchschnittliche/n Userin derzeit unmöglich macht. Es wird gesetzlicher Regeln bedürfen um das geistige Eigentum auf ein sinnvolles Maß zu beschränken und das Internet als möglichst öffentlichen Raum zu entwickeln. Sozialdemokrat/innen werden nicht auf die spontane Ordnung der Gesellschaft setzen können, um die soziale Durchlässigkeit der Gesellschaft zu optimieren. Es werden u.a. umfassende Bildungsreformen notwendig sein, um die ungleiche Verteilung von Startvor- und nachteilen ins Leben eines/einer jeden Einzelnen im Sinne der Chancengleichheit zurechtzurücken.

Auch wenn das spezifische inhaltliche Anliegen für die einzelne Interessensgruppe im Vordergrund steht, so geht es für kritische Massen im Aggregat um das gleiche, nämlich darum mit den Vertreter/innen von Partikularinteressen auf Augenhöhe zu interagieren. Denn in von Lobbys dominierten Demokratien haben weder Frauen, noch Menschen mit Behinderung, Migrant/innen oder sozial Benachteiligte gute Chancen ihre Anliegen durchzusetzen. Ohne eine Konfiguration der allgemeinen demokratischen Form, kann niemand seine spezifischen Inhalte verwirklichen. Diese „demokratische Frage“ wird damit zum verbindenden Konsens der vielfältigen kritischen Massen. Die demokratische Frage ist eine herausragende Auseinandersetzung unter vielen sozialen Kämpfen. Es ist ein Ringen um Einfluss auf politische Entscheidungen zwischen jenen die Geld und Ideen haben mit jenen, die nur Ideen haben. Sozial- Umwelt- oder Bildungsreformen können erst eine Folge einer erfolgreichen demokratischen Auseinandersetzung sein. Dies gilt in beide Richtungen, so ist der Aufbau des Wohlfahrtsstaates nach 1945 genauso eine erfolgreiche demokratische Auseinandersetzung, wie z.B. der Rückbau des Wohlfahrtsstaates im Zuge der Agenda 2010 unter der rot-grünen Regierung in Deutschland zwischen 1998 und 2005.

Der gemeinsame Kompass kritischer Massen definiert sich *nicht* über einen konkreten inhaltlichen Konsens, über ihr spezifisches Profil müssen sich Parteien, Gewerkschaften,

NGO's, Interessensvertretungen und Think tanks weiterhin intern einig werden. Der gemeinsame Kompass kritischer Massen ist die „demokratische Frage“. Was auch immer die konkreten Forderungen sein mögen, es wird nur eine Chance auf Durchsetzung geben, wenn die Anliegen nicht nur von einzelnen Interessensgruppen isoliert vorgebracht werden, sondern wenn es darüber hinaus zu einem Massenrückhalt für die jeweilige Forderung kommt. Es sollte innerhalb kritischer Massen in Politik, Medien und Wissenschaft Einigkeit darüber hergestellt werden, dass eine vermehrte Teilhabe der gewöhnlichen Menschen an der Demokratie die Gesellschaft stärker gegen den Einfluss von Partikularinteressen schützt. Der Massenrückhalt des 21. Jh. unterscheidet sich grundlegend vom Top-Down-Massenrückhalt der 1960er-Jahre. Kritische Massen erhalten ihren Massenrückhalt aus dem spontanen Zusammenspiel aller Kräfte die zwar ein konkretes Anliegen mit unterschiedlicher Priorität bewerten, jedoch Solidarität in der verbindenden Auseinandersetzung um eine demokratische Frage demonstrieren.

Ermöglichungsbedingungen kritischer Massen

Ein nahe liegender Gedanke ist, dass Vielfalt die Teilhabe der heterogenen Gesamtheit aller Individuen an der Demokratie fördert, dass Machtmonopole in Parteien, Medien oder der Wissenschaft deren Teilhabe hingegen behindern. Die Ermöglichung kritischer Massen könnten auf den Punkt gebracht darin bestehen, die gewöhnlichen Menschen in ihrer Vielfalt als Gegengewicht zu den Lobbys und ihren Monopolen zu stärken.

a) Ermöglichung in der Politik

Wenn sich drei Spitzenfunktionäre von Partei und Gewerkschaft im Hinterzimmer die Linie ausmachen und diese ohne Diskussionen in der Organisation geschluckt wird, versiegt jede Form des internen Dialogs und Disputs. Ohne interne Diskussion findet jedoch keine Auseinandersetzung über Politik statt, was einer Entpolitisierung gleich kommt. Ohne einen Wettbewerb der Ideen kommt keine innovative Programmatik zustande. Wenn hinter den Organen der Demokratie und der Sozialpartnerschaft anstelle von Millionen nur kleine hauptamtliche Apparate stehen, wird sich die Ehrfurcht der Lobbys auf der Kapitalseite in Grenzen halten. Wenn die Parteien und Gewerkschaften keine entsprechenden Partizipationsmöglichkeiten zulassen, wird ihre Schlagkraft sich immer auf kleine hauptamtliche Büros beschränken. Die Vertretung der gewöhnlichen Menschen einer

Gesellschaft wird zu einem Papiertiger. Ohne die Kraft der demokratischen Teilhabe gibt es keinen sozialen Fortschritt. Die hauptamtlichen Apparate monopolisieren die formale politische Macht. Dieses Monopol kontinuierlich auszuhöhlen ist womöglich die wichtigste Ermöglichungsbedingung für eine Praxis kritischer Massen in der Politik. Die Chancen dieses Monopole zu unterminieren werden steigen, wenn kritische Massen in der Parteipolitik kritische Massen in der Zivilgesellschaft als potentielle Verstärkung begreifen. Kritische Massen in der Zivilgesellschaft werden vielleicht zu der Erkenntnis kommen, dass ohne Zugang zur repräsentativ-demokratischen Politik die Durchsetzung einzelner Ziele ein schwieriges Unterfangen ist. Die Zivilgesellschaft profitiert ungemein von einer vielfältigeren Parteipolitik.

b) Ermöglichung in der Wissenschaft

Das zentrale Problem der Wissenschaft ist, dass das jeweils vorherrschende Paradigma ein Monopol auf wahrhafte Aussagen hat. Zu Grunde liegt der Mythos objektiver Erkenntnisgewinnung und Realitätsbeschreibung. Dementsprechend wird ‚kritische‘ Wissenschaft immer als interessengeleitet und bewahrende Wissenschaft immer als ‚objektiv‘ betrachtet. In mehrfacher Hinsicht spielt in diesem Zusammenhang die Ökonomie eine besonders fatale Rolle, wobei der Begriff Ökonomie etwas irreführend. In Folge eines „ökonomischen Imperialismus“ werden heute etliche gesellschaftspolitische Fragen aus einer ökonomistischen Perspektive diskutiert.⁷ Nicht nur ökonomische Kernthemen wie die Konjunktur- oder Wettbewerbspolitik, sondern auch die Gestaltung des Sozialstaats, des Arbeitsmarktes, des Steuer- Gesundheits- oder Bildungssystems. Dieser wissenschaftliche Monismus in den meisten Politikbereichen wird verschärft durch das Monopol des neoklassischen Paradigmas innerhalb der Ökonomie. Durch die Monopolstellung der Ökonomie in der Politik und die Monopolstellung der Neoklassik in der Ökonomie, dominiert das neoklassische Paradigma direkt die politische Diskussion. Da der Mainstream in den Wissenschaften als Wahrheit betrachtet wird, fällt der Neoklassik die Deutungshoheit über die allermeisten Politikbereiche zu. Abweichungen vom Mainstream gelten als ideologisch. In der Wissenschaft gilt es für kritische Massen den Wahrheitsanspruch der Wissenschaft zu relativieren, das Monopol der ökonomischen Disziplin auf alle sozioökonomischen Fragestellungen zu mildern und das Monopol des neoklassischen Paradigmas innerhalb der ökonomischen Disziplin anzugreifen.

⁷ Kapeller 2011, S. 41

c) Ermöglichung in der medialen Welt

Die Konzernbildung und Kapitalkonzentration im Medienbereich und die entsprechende Monopolisierung der Berichterstattung sind hinlänglich bekannte Probleme. Analog zur Parteipolitik ist das Aushöhlen dieser Monopole und die Schaffung von Vielfalt wohl die Ermöglichungsstrategie kritischer Massen im Bereich der Medien, wobei aktuelle Entwicklungen im digitalen Bereich durchaus Anlass zu Optimismus geben. Doch während die Demokratisierung der Parteien formalrechtlich jetzt schon möglich ist, wird eine Neuordnung der Medienwelt ohne gesetzliche Regulierungen etwa im Bereich des Kartellrechts nicht zufriedenstellend erfolgen können. Eine Intervention der repräsentativ-demokratischen Politik in den Medienbereich ist unerlässlich um die Monopole einzuschränken, das System Medien kann sich von selbst nicht vollständig reformieren.

Praxis kritischer Massen

Was können Menschen die sich als Teil kritischer Massen in Politik, Medienwelt oder Wissenschaft begreifen tun, um sich im Sinne des zuvor diskutierten Kompasses zu engagieren.

a) Praxis in der Politik

Derzeit weisen die von der Parteipolitik konstruierten Interessen und die Lebenswirklichkeiten der Menschen nur noch partielle Schnittmenge auf. Kritische Massen in der Parteipolitik könnten versuchen mit der konkreten Formulierung von Programmatik wieder an die Lebensrealitäten der Menschen anzuknüpfen und dieser Programmatik innerparteilich zum Durchbruch zu verhelfen. Dadurch wird das Monopol der hauptamtlichen Apparate auf die Formulierung von Programmatik durchbrochen. Für die Sozialdemokratie wäre es z.B. nahe liegend ein Programm für soziale Absicherung und existenzsicherende Einkommen im wachsenden Niedriglohnsektor und im Prekariat zu formulieren. Mit dem vorhandenen demokratischen Instrumentarium lässt sich innerparteilich schon jetzt viel Überzeugungsarbeit dafür leisten. Auch eine Programmatik für eine Öffnung und Demokratisierung der Parteien zur Ausweitung der vorhandenen demokratischen Instrumentarien wäre eine lohnende Initiative für eine Praxis kritischer Massen.

b) Praxis in der Wissenschaft

Viele Studien können abgeschlossen werden, ohne dass die Studierenden jemals mit Fragen der Erkenntnistheorie konfrontiert wurden. Die systematische Auseinandersetzung mit der Relativität der Wirklichkeit ist die Voraussetzung dafür, die Vielfalt von Paradigmen und Methoden als konstitutive Voraussetzung für das Treiben von Wissenschaft zu begreifen. Um das Monopol der Ökonomie auf alle sozioökonomischen Fragen anzugreifen ist es essentiell, in anderen Disziplinen eine Beschäftigung mit diesen Fragen anzuregen. Kritische Massen in den nicht-ökonomischen Disziplinen sollten nicht nur theoretisch-abstrakt sondern auch konkret und politiknahe arbeiten, andernfalls können sie im politischen Diskurs neben der oft klar greifbaren ökonomischen Perspektive nicht bestehen. Um die Fehler der ökonomistischen Herangehensweise nicht in anderem Gewande zu wiederholen, ist eine interdisziplinäre, multiparadigmatische und multimethodische Herangehensweisen in den Sozial- Geistes- und Rechtswissenschaften wahrscheinlich der entscheidende Schlüssel. Das gilt vor allem auch für die Wirtschaftswissenschaften selbst, die durch mehr Interesse an Paradigmen und Methoden außerhalb der Neoklassik, sowie durch mehr Interesse an anderen Disziplinen selbst aufgefordert sind neue Pfade zu suchen.

c) Praxis in der Medienwelt

Die Monopole in der Medienwelt auszuhöhlen kann wie zuvor diskutiert nur durch eine Intervention der Politik vollständig erfolgen. Doch auch unabhängig davon können AkteurInnen die sich als Teil kritischer Massen begreifen – unabhängig davon ob sie in der Medienwelt tätig sind oder nicht – Akzente setzen um die Vielfalt der Berichterstattung zu beleben. Der Aufbau eines Online-Netzwerks von kleinen Medien – Blogs von Einzelpersonen, Webseiten von NGO's oder Online-Zeitungen von Parteistrukturen an der Basis etc. – wäre ein nahe liegendes Betätigungsfeld um eine alternative Berichterstattung aufzubauen. Durch eigene Online-Auftritte, Beiträge für bestehende Online-Auftritte, Know-how-Transfer an Zivilgesellschaft oder Parteistrukturen an der Basis können Leute aus der PR- und Medienwelt die sich als Teil kritischer Masse verstehen an diesem Netzwerk mitbasteln. Denn nur wenn die vielen kleinen Medien einen gewissen Qualitätsstandard erreichen und mit einer gewissen Regelmäßigkeit erscheinen, können sie ein kontinuierliches Gegengewicht zu den Mainstream-Medien bilden.

Conclusio

Die Massendemokratien der Nachkriegsjahrzehnte konnten sich auf den Rückhalt der Massen verlassen und hatten entsprechend Einfluss auf das politische Geschehen, waren jedoch nach innen top down organisiert. Beerbt wurden die Massendemokratien von politischen Bürokratien, die ihren Mangel an ideologischer Substanz durch einen Marketing-Aufputz zu kompensieren versuchten. Aus dem Interessensausgleich in öffentlichen Angelegenheiten zwischen Gruppierungen mit unterschiedlichen normativen Standpunkten wurde ein kommerzialisiertes Konsumspektakel. Die Frage für unsere Gegenwart lautet, wie politische Aktivität aussehen soll, die nicht autoritär organisiert ist, aber trotzdem auf Massenrückhalt zählen kann. Ein Netzwerk kritischer Massen in Politik, Wissenschaft und Medien könnte trotz unterschiedlicher inhaltlicher Anliegen die „demokratische Frage“ zur gemeinsamen Sache erheben. Kritische Massen erhalten ihren Massenrückhalt aus dem spontanen Zusammenspiel aller Kräfte die zwar ein konkretes Anliegen mit unterschiedlicher Priorität bewerten, jedoch Solidarität in der verbindenden Auseinandersetzung um eine demokratische Frage demonstrieren.

Quellen

- Crouch, Colin (2008): „Postdemokratie“
- Hartmann, Michael (2012): „Die doppelte Spaltung der Gesellschaft“ Vortrag im Französischen Dom am 8. März 2012 im Rahmen des IMK-Konjunkturforums:
http://www.boeckler.de/35334_38594.htm
- Kapeller, Jakob (2011): „Was sind ökonomische Modelle?“ in Philosophie und Wirtschaftswissenschaft,
- Weber, Max (1919): „Politik als Beruf“
- Wirtschaftslexikon Gabler (2012) :
<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/neue-politische-oekonomie.html>